Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 57 (1963)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : Moskau und die Folgen ; Die Entspannungsgegner ; Russisch-amerikanisches Zusammenspiel? ; Los von Amerika! ; Neueinstellung der amerikanischen Politik? ; Ein Verhandlungsboden

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140816

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moskau und die Folgen Im Nachtrag zur letzten Weltrundschau konnten wir noch von dem Moskauer Abkommen über die *Einstellung der Kernwaffenversuche* (außer den unterirdischen) Kenntnis nehmen. Die Erleichterung über das (vorläufige) Ende der Verseuchung von Luft, Wasser und Nahrung durch diese Versuche war fast überall groß. Darüber hinaus knüpften sich aber zum Teil recht hoch gespannte Erwartungen für eine fortschreitende *allgemein-politische Verständigung* der beiden feindlichen Machtlager und eine nicht mehr ferne echte *Abrüstung* an dieses Abkommen. Wieweit haben sich in der Zwischenzeit diese Erwartungen erfüllt?

Zunächst ist festzustellen, daß in den *Vereinigten Staaten* das Moskauer Abkommen keineswegs einhellige Zustimmung findet. Seine Genehmigung durch den Senat scheint zwar sicher zu sein; hingegen äußert ein Teil der höchsten Militärführer trotz ihrem Ja zu der fertigen Tatsache, die die verantwortlichen Politiker geschaffen haben, schwere Bedenken in bezug auf die Folgen, die ein Verzicht auf weitere überirdische Kernwaffenversuche für die Landesverteidigung habe; der Chef des Strategischen Luftwaffenkommandos lehnt das Abkommen sogar in aller Form ab, und Atomtechniker wie Dr. Teller, der «Vater der Wasserstoffbombe», erklären es geradezu als «Gefahr für das Weiterbestehen der Vereinigten Staaten» und verlangen die Wiederaufnahme *aller* Kernwaffenversuche, bis Amerika militärtechnisch in jeder Beziehung auf der «Höhe» der Sowjetunion stehe.

Jetzt, so sagen diese Kritiker, hätten die Vereinigten Staaten noch keine beförderbare Atombombe in der 100-Megatonnen-Größe wie die Sowjets, und ebenso seien sie im Rückstand gegenüber den Russen mit ihrem Raketenabwehrsystem. Demgegenüber stellen die Befürworter des Moskauer Abkommens fest, daß die Sowjetunion noch weit davon entfernt sei, eine gegen Amerika verwendbare Riesenatombombe zu besitzen; das hier liegende Problem sei wahrscheinlich überhaupt unlösbar oder nur nach Jahren und mit unerschwinglichen Kosten zu lösen, und gerade das habe entscheidend dazu beigetragen, daß die Russen Hand zu einem Stillhalteabkommen geboten hätten. Ähnlich stehe es mit der Entwicklung einer «bombensicheren» Raketenabwehr. Beim jetzigen Stand der Technik gefährde ein einziger Fehltreffer die ganze weitere Radarabwehr, sowohl auf amerikanischer als auf sowjetischer Seite. Auf jeden Fall werde die künftige Entwicklung der Raketenabwehr Ausgaben in geradezu astronomischer Größenordnung verursachen, ohne daß doch — wie auch bei den Angriffswaffen — die «ideale Sicherheit» jemals erreicht werden könne.

Diese Beweisgründe machen in den Vereinigten Staaten um so mehr Eindruck, als sich zum erstenmal in stärkerem Umfang die

Kritik an den ins Unermeßliche wachsenden Militärausgaben in der Öffentlichkeit geltend macht. Es sind besonders die Artikel des Neuyorker Professors Melman über die schon jetzt phantastisch überentwickelten Verteidigungsmittel Amerikas, die erhebliches Aufsehen erregt und auch in der Bundesversammung Widerhall gefunden haben. Die USA, so stellt dieser «Fachmann» fest, besitzen heute Atomwaffen, deren Sprengköpfe eine Gesamtwirkung von 22 Milliarden Tonnen TNT haben. (Die Bombe auf Hiroshima hatte eine Sprengkraft von 20 000 Tonnen.) Die strategischen Trägerwaffen der Vereinigten Staaten können schon jetzt 2,5 Millionen Tonnen TNT gegen je 100 000 Menschen zur Explosion bringen. Da aber 20 000 Tonnen genügten, um in Hiroshima 100 000 Menschen umzubringen, besitzen die USA nun eine 125fache Übervernichtungsfähigkeit. Um 370 russische Städte mit über 100 000 Einwohnern zu zerstören, haben die Amerikaner sogar eine 500fache Übervernichtungsfähigkeit, auch wenn man Fehlleistungen von 30 Prozent annimmt. Unter diesen Umständen noch von einer lebensgefährdenden Unterlegenheit Amerikas gegenüber der Sowjetunion zu faseln, ist schlechthin verbrecherischer Wahnwitz.

Die Entspannungsgegner Aber es sind natürlich nicht nur militärische und technische Gründe, die gegen das Moskauer Abkommen in den Vereinigten Staaten und in der westlichen Welt überhaupt vorgebracht werden. Viel gefährlicher ist der Widerstand der *grundsätzlichen* Gegner einer Politik der Entspannung. In den «Detroit News» (5. August) zum Beispiel verlangt ein Mitarbeiter von den Westmächten die Aufstellung einer ganzen Liste von Bedingungen, die erfüllt sein müßten, bevor mit der Sowjetunion über Frieden gesprochen werden könne. Dazu müßten gehören: «freie» Wahlen in den östlichen Volksrepubliken, vollkommener Rückzug der Russen aus Kuba, Abbruch der Berliner Mauer, sowjetische Neutralität gegenüber den sozialen und nationalen Bewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, und dergleichen. In der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 3069) hat der exilspanische Professor de Madariaga schlicht und bescheiden einfach «das Verschwinden des Kommunismus» gefordert, wenn der Kalte Krieg aufhören solle. Und ähnlich tönt es aus dem Lager anderer «Freiheitskämpfer».

Der stärkste Bremsklotz in Westeuropa auf dem Weg zu einer west-östlichen Verständigung ist aber die Ostpolitik der *Deutschen Bundesrepublik*. Die Träger und Stützen dieser Politik sind durch das Moskauer Abkommen in eine geradezu krankhafte Angst vor einem Weitergreifen der «Entspannungssucht» geraten, schon weil auch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das Abkommen unterzeichnen «durfte» — trotz allen Ränken, Protesten und Vorbehalten Bonns. Die Regierung Adenauer-Schröder hat zwar nach langem Hin und Her den Moskauer Vertrag doch noch unterschrie-

ben, aber nun ist sie mit Anspannung all ihrer Kräfte bemüht, eine weitere «Aufwertung» der DDR und gar ihre tatsächliche oder rechtliche Anerkennung durch die Westmächte zu hintertreiben. In der westdeutschen Öffentlichkeit und sogar in der Bonner Regierung selber sind allerdings auch Anzeichen einer halbwegs wirklichkeitsgemäßen Beurteilung der europäischen Lage zu erkennen. Aber man schreckt eben doch noch vor den sicherlich weittragenden Folgen zurück, die eine Herumwerfung des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik nach sich ziehen müßte. Wie A. von Bórries in den Kölner «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Augustheft) schreibt, sind eben die Befürchtungen durchaus nicht unbegründet, die «neue Phase der Weltpolitik» (wenn überhaupt eine solche schon im Anzug ist!) werde «schnell die letzten Reste des längst morschen Gebäudes der Bonner Außenpolitik zum Einsturz bringen. Deren Fiasko aber läßt sich um keinen Preis mehr verhindern, es läßt sich nur noch abschwächen: durch eine schnelle und gründliche Überprüfung der eigenen außenpolitischen Konzeption. Man wird dabei zu der Erkenntnis gelangen, daß gerade der deutschen Sache unter den heutigen Umständen nur eine Entspannungspolitik im weltweiten Maßstabe unter aktiver Mitarbeit der Bundesrepublik dienen kann. Es ist unverantwortlich, die Bereitschaft zu einem solchen Beitrag zur Entspannung abhängig zu machen von der Erfüllung bundesdeutscher Maximalforderungen, die auf nichts anderes als eine politische Kapitulation der Sowjetunion in Mitteleuropa hinauslaufen. Eben eine solche hat die Bundesregierung mehr als ein Jahrzehnt lang durch die Kombination von politischem Druck und militärischer Aufrüstung Moskau abzuzwingen versucht. Das Ergebnis dieser ‚Politik der Stärke' ist nicht die Wiedervereinigung, sondern die Vertiefung und ‚Zementierung' der Spaltung Deutschlands gewesen. Eine solche Politik auch jetzt noch fortsetzen, heißt den Abgrund zwischen beiden Teilen Deutschlands noch weiter vertiefen und eine Entschärfung der Lage in Mitteleuropa verhindern.»

Die westdeutsche Behauptung, nur durch Lösung der deutschen Frage im Sinne Bonns — also durch Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik — sei eine Befriedung Europas möglich, stellt tatsächlich die Dinge genau auf den Kopf. Nicht nur würden durch solch eine «Lösung» all die Millionen Ostdeutscher, die, wenn schon kein kommunistisches Regime, so doch gewiß eine sozialistische Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft beibehalten wollen, schwer vergewaltigt; die hochgerüstete Armee eines wiedervereinigten Deutschland — und das heißt die NATO-Armee — hätte dann auch kein Hindernis mehr zu überwinden, um die bekannten Pläne für die «Befreiung der Ostvölker» zu verwirklichen. Das Verschwindenlassen des Kommunismus als Vorbedingung einer Beendigung des Kalten Krieges könnte dann allerdings seinen Anfang nehmen, aber eben nur

durch Entfesselung des *Heißen* Krieges, in dem nicht nur der Kommunismus «liquidiert» würde, sondern erst recht auch die bürgerlich-kapitalistische Welt zusammenbräche . . .

Russisch-amerikanisches Zusammenspiel?

Man darf Präsident Kennedy und seiner Regierung schon zutrauen, daß sie sich über die Abenteuerlichkeit einer solchen Regelung der deutschen und der europäischen Frage klar sind. Sie wissen, daß ein west-östlicher Vernichtungskrieg nur vermieden werden kann, wenn sich der Westen mit der Machtverteilung, wie sie als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges Tatsache geworden ist, endgültig abfindet und den Deutschen keine Auslöschung und Umkehrung dieses Ergebnisses gestattet. *Die friedliche Koexistenz mit der kommunistischen Welt — die schon heute von der Elbe bis zum Gelben Meer reicht — ist einfach der Preis, der bezahlt werden muß, wenn der dritte und letzte Weltkrieg nicht doch ausbrechen soll.* Das erkennt man so langsam auch in den Vereinigten Staaten. Ein Zeichen dafür ist, was der demokratische Senator Pell vor ein paar Monaten (am 22. Juni) in der Neuyorker «Nation» über die Berlinfrage schrieb. «Um eine vertragliche, unwiderruflich feststehende Garantie für unseren Landzugang (zu Berlin) von den Kommunisten zu bekommen, können wir es uns», so meint er, «sicher leisten, das Bestehen der zwei deutschen Regierungen anzuerkennen und außerdem mit der Oder-Neiße-Grenze als der ostdeutsch-polnischen Grenze einverstanden zu sein. Ein solcher Vertrag würde in keiner Weise unsere Verpflichtungen verletzen, die Freiheit der Westdeutschen zu erhalten — und die Kommunisten hätten dabei nicht einen einzigen Menschen und nicht einen einzigen Qudratzentimeter dazugewonnen. Durch unsere ständige Weigerung, mit der tatsächlich bestehenden ostdeutschen Regierung zu verhandeln, verstärken wir nur den sowjetischen Einfluß, anstatt ihn zu schwächen, wie wir es uns gern einbilden. Wir steigern lediglich die Ausweglosigkeit . . . Wenn wir erhalten, was wir brauchen — einen garantierten Landzugang zur Insel der Freiheit, die Berlin geworden ist —, und wenn wir als Gegenwert dafür das tatsächlich bestehende Regime der Ostdeutschen anerkennen, hätten wir einen großen Schritt gemacht, um den Kalten Krieg zu beenden.»

Ein bescheidener Vorschlag, wahrhaftig — und doch bemerkt man an der Regierung Kennedy noch keinerlei ernsthafte Neigung, ihm näherzutreten. Wie ich schon früher sagte: Kennedy möchte wohl als Friedenstifter in die Weltgeschichte eingehen, und das heißt, daß er das Ziel eines Nichtkriegsabkommens mit der Sowjetunion deutlich vor Augen hat, aber es fehlt ihm der Mut, rasch genug mit der verhängnisvollen Weltpolitik, wie er sie von seinen Vorgängern übernommen hat, zu brechen und vor allem mit der westdeutschen Ostpolitik unmißverständlich Schluß zu erklären. Er will den Pelz waschen, ohne ihn naß zu machen — und das ist ein so hoffnungsloses Unternehmen

wie der Versuch, den Flächeninhalt eines Kreises in ein Quadrat hineinzubringen. Es ist müßig, sich zu fragen, ob Kennedy die immer nötiger werdende Schwenkung der amerikanischen Außenpolitik persönlich an die Hand nehmen *wollte*, wenn er als «Realpolitiker» und als Bewerber um eine zweite Amtszeit als Präsident nur *könnte*. Es genügt zu wissen, daß er tatsächlich nicht so handelt, wie er handeln *müßte*, wenn das neue Verhältnis zum Weltkommunismus, das er anzustreben erklärt, über einen bloßen mißtrauisch geschlossenen Waffenstillstand hinaus zu einem wirklichen Friedenszustand führen soll. Er denkt gar nicht daran, die im Kapitalismus und Imperialismus waltenden Kriegskräfte zu bändigen, ermutigt sie vielmehr immer wieder und löst so in Wahrheit kein Problem, dem er auf dem Weg zur Friedenssicherung begegnet. Siehe seine Berlinrede, siehe seine Kubapolitik, siehe namentlich auch seine hartnäckige Weigerung, das neue China anzuerkennen, und seine ganze Ostasienpolitik überhaupt. Und eben das ist es, was auch Chruschtschews Entspannungspolitik so fragwürdig macht.

Chruschtschew — und mit ihm die Mehrheit der Sowjetregierung — täuscht sich entweder einfach über die Stärke der Kriegskräfte im Westlager oder er gibt sich der nicht viel weniger trügerischen Hoffnung hin, sie durch ein oberflächliches diplomatisches Zusammenspiel mit den Vereinigten Staaten und durch Rücksichtnahme auf ihre empfindlichen Stellen beschwichtigen und schließlich ganz mattsetzen zu können. Das gilt nicht zuletzt für seine Chinapolitik. Die Chinesische Volksrepublik sieht mit nur zuviel Grund (von der herrschenden Denkweise aus) in den Vereinigten Staaten ihren Hauptfeind und zugleich den Hauptfeind des Weltfriedens. Wie die Staatsoberhäupter Chinas und Nordkoreas in einer gemeinsamen Erklärung am 23. Juni feststellten: «Es kann heute keinen Kampf für den Frieden geben ohne einen Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, die Hauptkraft für Angriff und Krieg.» Die Mißachtung dieser Tatsache, so finden die Chinesen, hat die Sowjetunion mit auf den Weg der Abschwächung des Kampfes für den Sozialismus und den Frieden geführt, die sie ihr in ihrem großen «ideologischen» Streit so heftig vorwerfen.

Der Abschluß des Moskauer Abkommens über die Einstellung der Kernwaffenversuche hat diesen Streit noch kräftiger angefacht. China empfand dieses Abkommen als unmittelbar gegen seine Bemühungen um eine eigene Atomstreitmacht gerichtet und warf der Sowjetunion nun erst recht Kapitulation vor dem amerikanischen Imperialismus vor. «Das einzig wirksame Mittel zur Beseitigung der Drohung eines atomaren Krieges», so erklärte ein Sprecher Pekings, «besteht darin, daß immer mehr kommunistische und andere friedliebende Staaten die Mittel zur atomaren Selbstverteidigung besitzen.» Das ist zwar grundverkehrt; zur Abwehr der Kriegsgefahr gehört vielmehr gerade für die friedliebenden Staaten — gemeint sind die sozialistisch-kommu-

nistischen Länder — der *Verzicht* auf Atomwaffen (den ja China auch fordert, aber solange nicht aussprechen will, als die Westmächte ihre atomaren Rüstungen nicht preiszugeben bereit sind). Insofern hat die Sowjetunion durchaus recht, wenn sie wenigstens einmal weitere Versuche mit Kernwaffen eingestellt wissen will als Vorstufe zu einer atomaren Abrüstung. Allein die Art und Weise, wie die Moskauer Regierung dabei vorging, mußte in China böses Blut machen und das Mißtrauen gegen die Sowjetunion noch mehren.

Auf der einen Seite stellte sich nämlich durch Pekinger Enthüllungen heraus, daß die Sowjetunion in einem Abkommen vom Jahr 1959 China zur Entwicklung eigener Kernwaffen ermutigt und ihm dafür Unterstützung versprochen hatte, diese Unterstützung aber zwei Jahre danach einseitig zurückzog, weil ihr offenbar schon damals an einem Abkommen mit den Vereinigten Staaten über die Einstellung der Kernwaffenversuche mehr gelegen war als an der Solidarität mit China, das eben technisch noch lang nicht soweit war wie Rußland. Auf der anderen Seite mußte die Moskauer Regierung doch sehen, daß die Vereinigten Staaten darauf ausgingen, China zu isolieren und seine Stellung in Ostasien zu untergraben und daß sie zu diesem Zweck sich die chinesisch-sowjetische Entfremdung nutzbar zu machen gedachten. Daß ihnen das so weitgehend gelungen ist, ist mehr als betrüblich. Die «Neue Zürcher Zeitung» triumphiert bereits (11. Aug.): «Im Augenblick scheint sich die sowjetische Außenpolitik auf die Isolierung Chinas zu konzentrieren. Diesen Eindruck gewannen die Amerikaner aus den Unterredungen mit Chruschtschew ... Nationale Zeitungen und Provinzblätter greifen Peking derart massiv an, daß man von einer merkwürdigen Verlagerung des von Moskau betriebenen Kalten Krieges von der westlichen auf die östliche Front der Sowjetunion sprechen kann.» Gibt man sich in Moskau keine Rechenschaft darüber, wie diese «Verlagerung» auf die Chinesen wirken muß, die sich natürlich ihrerseits wieder in groben Schmähungen der sowjetischen Zusammenarbeit mit dem Erzfeind ergehen?

Wie kurzsichtig und verhängnisvoll diese russisch-amerikanische Gemeinsamkeit im Kampf gegen China ist, sollte jedem nicht ganz verblendeten Beobachter der Vorgänge auf der Weltbühne ohne weiteres einleuchten. Der Amerikaner I. F. Stone schreibt in seinem «Bi-Weekly» (22. Juli) mit Recht: «Ein Frieden zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ist kein wirklicher Frieden, wenn er nur die Anfänge eines noch größeren Ringens zwischen Rußland und China widerspiegelt ... Eine Art west-östlichen Kampfes nur gegen eine andere auszutauschen, eine Verständigung mit Rußland zu erstreben als Vorbereitung für einen noch katastrophaleren Zukunftskampf gegen China, ist kein Fortschritt. Versöhnung ist's, was die Menschheit braucht, und wir, die wir mit unserer gehässigen Absperr- und Isolierungspolitik Peking zur Verzweiflung trieben, sollten den ersten Schritt dazu tun.» Lord Russell warnt in gleicher Weise: «Es

ist kaum zu hoffen, daß sich die Stimmung in China wandeln wird, solange China weiter als Ausgestoßener behandelt wird. Die chinesische Stimmung wird sich erst wandeln, wenn Rußland und der Westen gegen China weniger feindselig auftreten ... Es ist reine Heuchelei, wenn man glauben machen will, China sei kriegerischer als die Mächte der NATO und des Warschauer Vertrags.»

Los von Amerika! Die feindselige Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber China hängt natürlich aufs engste mit ihrer *ost- und südostasiatischen Politik* überhaupt zusammen. Deren offenkundiges Ziel ist die Beherrschung des ganzen westpazifischen Raumes durch Amerika als vermeintliche einzige Rettung vor dem Zugriff des Kommunismus. In Wirklichkeit ist diese Politik aber das denkbar sicherste Mittel, um ganz Ost- und Südostasien kommunistisch zu machen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und zum Teil schon vorher stützten die Vereinigten Staaten mit mächtiger Militärhilfe und mindestens zwei Milliarden Dollar an Geldeswert die reaktionär-korrupte Herrschaft Tschiang Kai-scheks; die Folge war die unaufhaltsame Hinwendung der Bauern- und Arbeitermassen zur kommunistischen Bewegung und die Errichtung der Chinesischen Volksrepublik, die da ist, um zu bleiben. Das kommunistisch gewordene Nordkorea widerstand gleichfalls erfolgreich dem amerikanischen Versuch, es im Namen der UNO mit dem Aufgebot einer gewaltigen Kriegsmacht auf die Knie zu zwingen. Als das französische Indochina am Zusammenbrechen war, half auch das diplomatische Eingreifen der USA und die zweimalige Drohung ihres Außenministers Dulles mit dem Einsatz amerikanischer Atombomben nichts mehr; die Niederlage von Dien Bien Phu besiegelte das Schicksal des westlichen Kolonialismus, ließ das kommunistische Nordvietnam unangetastet und führte zum Genfer Vertrag von 1954, der bestimmt, daß ganz Indochina — Laos, Kambodscha und Vietnam — entmilitarisiert und neutralisiert werden solle. Das Waffenstillstandsabkommen, das Vietnam am 17. Breitengrad teilte, sollte außerdem durch das Ergebnis einer Volksabstimmung in beiden Landeshälften abgelöst werden. Kambodscha ist seitdem zwar neutral geworden und Laos (mehr oder weniger) schließlich auch, nachdem die Vereinigten Staaten jahrelang mit größtem Aufwand von Geld und Truppenmacht versucht hatten, es unter ihre Herrschaft zu bringen. Aber anscheinend haben die Amerikaner aus all diesen Erfahrungen immer noch nichts gelernt, wenn sie jetzt versuchen, um jeden Preis das stinkend verderbte Gewaltregime Ngo Dinh Diem in *Südvietnam* doch noch unter ihrer Botmäßigkeit zu halten.

14 000 Mann hat Amerika in Südvietnam stehen; erheblich mehr als zwei Milliarden Dollar (rund zehn Milliarden Schweizer Franken) sind bisher in die unergründlichen Taschen der herrschenden Familien und ihrer Söldner geflossen. Aber trotz einer barbarischen, un-

widerleglich als völkerrechtswidrig gebrandmarkten Kriegführung gegen die Aufständischen und trotz der Anlage eines ganzen Netzes von Konzentrationslagern (beschönigend «Militärdörfer zum Schutz der bäuerlichen Bevölkerung» getauft) werden die Amerikaner mit den «Kommunisten» einfach nicht fertig. Der Widerstandsbewegung des Vietcong steht eine Armee von mindestens 100 000 sehr beweglichen Kleinkriegskämpfern zu Gebot mit einer Kerntruppe von 35 000 harten, wenn auch nicht sehr modern ausgerüsteten Männern. Schon eine Autostunde von der Hauptstadt Saigon entfernt werden die Reisfelder und Sümpfe vom Vietcong unsicher gemacht.

Die Lage der Regierungstruppen und ihrer amerikanischen Helfer ist noch schwieriger geworden, seit die Familie Ngo — namentlich unter dem Einfluß der fanatisch katholischen Schwägerin des Präsidenten — nun auch die buddhistische Volksmehrheit (80 Prozent aller Südvietnamesen) schwer herausgefordert und durch Pagodenverwüstung, Mißhandlung und Tötung von Mönchen und Nonnen wie überhaupt alle Art von Gewalttätigkeit sich das Volk von Südvietnam endgültig, hoffnungslos verfeindet hat. Die Verhängung des Kriegszustands und die Unterdrückung aller Widerstandsregungen wird den Aufruhr auf die Länge ebensowenig zu dämpfen vermögen wie der geistliche Zuspruch des Erzbischofs von Hué, eines Bruders des Staatspräsidenten. Die Frage ist nur, ob und wie lange die Vereinigten Staaten noch ihre schützende Hand über der Diktatur Ngo halten können.

Mit Worten spart die Regierung von Washington zwar nicht, um ihre Mißbilligung gegenüber dem Treiben ihrer langjährigen Schützlinge auszudrücken. Aber sie spart eben auch ihre Dollars und ihre Soldaten nicht, um die Südvietnam zugrunderichtende Herrenkaste vor dem Sturz zu retten. Eine Erklärung des amerikanischen Außenministeriums (vom 23. August) stellt ausdrücklich fest, daß «die gegenwärtige innenpolitische Krise in Südvietnam nichts an der grundsätzlichen amerikanischen Politik gegenüber diesem Land ändere». Die Vereinigten Staaten würden «Südvietnam in seinem Kampf gegen die kommunistische Unterwanderung weiterhin unterstützen». Und Präsident Kennedy lehnte (am 2. September) entschieden das an ihn gerichtete Begehren ab, den Rückzug der Vereinigten Staaten aus Südvietnam anzuordnen. Es handle sich hier um einen «wirklichen Kampf», auch wenn er sich fern von Amerika abspiele. Die USA hätten seinerzeit große Anstrengungen gemacht, um Europa (vor dem Kommunismus) zu retten; jetzt müßten sie sich auch an der Verteidigung Asiens beteiligen.

Von Kennedy war kaum etwas anderes zu erwarten. Das Neue ist höchstens, daß er bei seiner «Verteidigung Asiens» nun auch auf die verständnisvolle Zurückhaltung der Sowjetunion zählen kann, die im Zeichen der «Entspannung» wie in Laos, so auch in Südvietnam den Amerikanern keine Schwierigkeiten macht und damit freilich

ihren Einfluß in Südostasien mehr und mehr verliert. Wie kurzsichtig *diese* Art Entspannung ist, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Von den Staatslenkern in Washington aber muß gesagt werden, daß ihre Verblendung unheilbar scheint. Was muß eigentlich noch geschehen, um diesen Männern klarzumachen, daß die Völker Ost- und Südostasiens — wie diejenigen anderer Erdteile — nichts sehnlicher wünschen, als die «Schutzherrschaft» der Vereinigten Staaten und ihre Unternehmungen zur «Rettung vor dem Kommunismus» loszuwerden und ihren Aufstieg oder Fortschritt zu Freiheit, Menschenwürde und Wohlstand nach eigenem Gutdünken zu bewerkstelligen? Der ganze westpazifische Raum, von der Mandschurei bis nach Malaya, wird auf alle Fälle erst einigermaßen zur Ruhe kommen, wenn der amerikanische Imperialismus seine Hände davon läßt und den von ihm bevormundeten oder befeindeten Völkern die Freiheit gibt, ihre Lebensform selber zu bestimmen — auch wenn diese vom «American way of life» ganz verschieden ist!

Neueinstellung der amerikanischen Politik?

Ist eine solche radikale Erneuerung der amerikanischen Weltpolitik für eine absehbare Zukunft wahrscheinlich? Denn nicht wahr, der Imperialismus der Vereinigten Staaten muß nicht nur seine Hände von Ost- und Südostasien lassen; er muß auch in Europa, in Afrika, in Lateinamerika eine völlige Schwenkung vollziehen, und das heißt: er muß überhaupt verschwinden. Nicht der Kommunismus muß verschwinden, wenn es Frieden und Abrüstung in der Welt geben soll (wie die bei uns vorherrschende Auffassung besagt); der vom Kapitalismus getragene und seine gefährlichste Form darstellende angriffige *Antikommunismus* muß überwunden werden, damit Krieg und Kriegsgefahr aus der Welt verbannt bleiben.

Auch in den Vereinigten Staaten nähern sich die klareren Köpfe immer mehr dieser Erkenntnis. Ein ermutigender Hinweis darauf ist die schon vor zwei Jahren verfaßte Schrift «US Foreign Policy and the Soviet Union» («Amerikanische Außenpolitik und Sowjetunion») von *Dr. Fred Warner Neal*, ein Büchlein, das heute zeitgemäßer und beherzigenswerter ist als je. (Verlag des Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, California.)

Dr. Neal, früher im Dienst des amerikanischen Außenministeriums stehend und gegenwärtig Professor an der Claremont Graduate School, ist alles andere als ein Freund des Kommunismus. Er lehnt ihn so scharf wie nur möglich ab, ist aber überzeugt, daß man ihn in den Vereinigten Staaten gründlich mißversteht und seine *wirkliche* Gefahr — besonders für die unterentwickelten Länder — nur bannen kann, wenn man von dem falschen Bild loskommt, das man sich in den USA (und im Westen überhaupt) von ihm macht. Drei vollkommen irrige Grundvorstellungen, so legt Professor Neal dar, müßten überwunden werden, wenn man sich mit dem Kommunismus erfolg-

versprechend auseinandersetzen wolle: die Vorstellung, daß die ständige, unausweichliche Gefahr eines militärischen Angriffs von seiten der Sowjetunion drohe; die Annahme, daß Amerika der Sowjetunion militärisch unbedingt überlegen sei; und schließlich daß der Kommunismus in seinem Wesen böse sei und darum erfolglos bleiben müsse. Diese Vorstellungen führten zu dem Schluß, daß Verhandlungen und Verständigungsbemühungen auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse gefährlich, ja nutzlos und unsittlich seien.

Ich kann hier nicht im einzelnen der geschichtlichen Darstellung folgen, die der Verfasser von der sowjetischen Außenpolitik seit der Revolution von 1917 und von den russisch-amerikanischen Beziehungen während der letzten fünfundvierzig Jahre gibt. Einige besonders wichtige Tatsachen seien aber doch rasch herausgehoben. Dr. Neals Gedankengang ist (mit einigen wörtlichen Anführungen) etwa der folgende: «Im Gesamtbereich der sowjet-marxistischen Lehre gibt es nirgendwo etwas, das darauf schließen ließe, daß die Sowjetunion aus ideologischen oder anderen Gründen von sich aus einen Krieg entfesseln sollte.» Was etwa Gegenteiliges aus Lenins oder anderer kommunistischer Führer Schriften angeführt wird, ist entweder erfunden oder gänzlich entstellt. Militärisch war und ist die Sowjetunion immer in der Verteidigung gegen wirkliche oder befürchtete Angriffe aus dem Westen gewesen, angefangen mit dem Einfall der Vereinigten Staaten und anderer kapitalistischer Länder in Rußland und Sibirien, dem Ausschluß der Sowjets von der Versailler Friedenskonferenz, dem «cordon sanitaire» Clemenceaus und der Drohung mit der Atombombe, deren Abwurf auf Japan (nach dem bekannten Wort des englischen Physikers Blackett) «nicht sowohl die letzte militärische Handlung der Zweiten Weltkriegs war, sondern die erste große Operation im kalten diplomatischen Krieg gegen Rußland». Die Sowjetunion ging aus dem Krieg aufs äußerste geschwächt und erschöpft hervor, während die Kriegskraft der Vereinigten Staaten nicht nur unbeschädigt blieb, sondern auch größer war als je zuvor.

Die Beherrschung Osteuropas durch die Sowjetunion war dann einfach die gegebene Folge der Kriegsereignisse selber und diente der Sicherung dieses für Rußland lebenswichtigen Raumes. «Tatsache ist, daß Stalins Außenpolitik in seinen Augen nicht nur auf Verteidigung gerichtet war, sondern auch nicht auf Ausdehnung, ausgenommen die Sicherheitszone in Osteuropa.» Die Tschechoslowakei schloß sich aus eigenem Antrieb — aus Furcht vor den Deutschen — dem Sowjetblock an; auf ihrem Boden standen keinerlei Sowjettruppen zur Zeit der Machtergreifung durch die Kommunisten. Die militärische Offensive der Sowjets in Ungarn hatte ausgesprochen den Zweck, eine Stellung zu halten, die schon früher errungen worden war.

Die amerikanische Politik anderseits wurde immer mehr durch militärische Erwägungen bestimmt und «auf die Abwehr einer Gefahr ausgerichtet, die nicht bestand». Die Sowjetunion eröffnete 1952 eine

diplomatische Offensive, die sich besonders im Verhältnis zu den unterentwickelten Ländern entfaltete und auf einen kriegerischen Zusammenstoß zwischen den kapitalistischen Mächten selber spekulierte. Die amerikanische Wasserstoffbombe änderte diese Linie grundsätzlich; Chruschtschew verkündete die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz und der vollständigen Abrüstung. «Es besteht kaum ein Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit des sowjetischen Verlangens einer Begrenzung und Kontrollierung der Waffenherstellung wie auch der Ausschaltung der Kernwaffen und der tödlichen Gefahren für jedermann, die ihr Vorhandensein erzeugt.»

Ein Verhandlungsboden Die Vereinigten Staaten — so stellt Neal fest — antworteten auf diese Vorschläge, sowohl unter Eisenhower und Dulles als später unter Kennedy, mit einer Verhärtung ihrer Politik gegenüber der Sowjetunion. Die Zwischenfälle mit dem U-2-Flug und der RB-47-Maschine erwiesen, daß die Militärführer keinerlei Verständigung mit der Sowjetunion über eine wirksame Abrüstung wollten. Das Abgeordnetenhaus nahm ohne Widerspruch eine Entschließung an, die eine diplomatische Unternehmung gegen die sowjetische Vorherrschaft in Osteuropa und die «Befreiung» gewisser Teile der Sowjetunion selbst von Moskau verlangte. Gleichzeitig stellte die amerikanische Armeeleitung fest, «daß die Sowjetunion weder die nötige Kraft hat, um einen Überraschungsangriff auf die Vereinigten Staaten auszuführen, noch auch im Begriffe ist, eine solche Streitmacht aufzubauen». Trotzdem lehnten und lehnen die Vereinigten Staaten ein ernsthaftes Eintreten auf die sowjetischen Abrüstungsvorschläge immer wieder ab. Das erweckt, um nicht mehr zu sagen, Zweifel an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Wunsches nach einem Abrüstungsabkommen. «Diese Zweifel können nicht leicht zerstreut werden, weil angesichts der amerikanischen Gesamtpolitik unsere Haltung zweideutig ist. Wir wollen grundsätzlich Vereinbarungen, aber nur wenn sie ‚gefahrlos' zu haben sind.» Die Vorschläge, die die Vereinigten Staaten ihrerseits machen, sind aber für die Sowjetunion aus Sicherheitsgründen unannehmbar. «Unser Widerstreben gegen Abrüstung als Ziel mag auch Ausdruck der Furcht sein, daß ohne Waffen die Vereinigten Staaten die Ausbreitung des Kommunismus nicht zum Stehen bringen können, der im Innern rückständiger Länder aufkommt. Solche Furcht ist aber ebenso unnötig wie ungeziemend für Bürger eines Landes mit den Gedanken und Fähigkeiten der Vereinigten Staaten ... Rüstungen können nicht an und für sich die Ausbreitung des Kommunismus zum Stehen bringen ... Die offenkundige amerikanische Vorliebe für ‚Guerillakriegführung' ist nur wieder ein Hinweis auf unser Unvermögen, die Wirklichkeit der sozialrevolutionären Kräfte zu erfassen, die in den unterentwickelten Ländern am Werk sind.»

Als besonders verhängnisvoll erachtet es Professor Neal, daß die

Vereinigten Staaten auch ihre Verbündeten mit Kernwaffen ausstatten wollen, in erster Linie Westdeutschland. Das fordere die Russen zum entschlossensten Widerstand heraus. «Sie haben ganz klar zu verstehen gegeben, daß der einzige Plan für Deutschlands Wiedervereinigung, den sie nicht annehmen werden, einer ist, der es einem wiedervereinigten und wiederaufgerüsteten Deutschland ermöglichen würde, Mitglied der NATO zu werden.» Gerade das wollen aber die Vereinigten Staaten. Und doch ist diejenige Lösung der deutschen Frage, die die westmächtliche Politik erstrebt, längst zum Mißerfolg verurteilt. «Unsere Stellung in Berlin ist militärisch, diplomatisch und rechtlich in hohem Grad unhaltbar. Unter diesen Umständen ist die schon lang andauernde Unfähigkeit des Westens, mögliche Kompromisse in der Berlinfrage auch nur zu erörtern, einfach unverantwortlich . . . Angesichts der Unwahrscheinlichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands weisen die harten, kalten Wirklichkeiten der internationalen Politik darauf hin, daß Berlin schließlich die Hauptstadt des Landes wird, in dem es gelegen ist — Ostdeutschlands.»

Eine *schiedlich-friedliche Verständigung mit der Sowjetunion* — das ist die praktische Folgerung, die Dr. Neal aus seinen weltpolitischen Betrachtungen zieht — ist für die Vereinigten Staaten die einzig wirklichkeitsgemäße Möglichkeit, einen allzerstörenden neuen Weltkrieg zu vermeiden. «Den Kalten Krieg zu gewinnen», wie das oft als Ziel der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hingestellt wird, also «ihn solange weiterzuführen, bis es einen klaren Sieger und einen klaren Verlierer gibt», wie General Twining bei seinem Rücktritt als Vorsitzender der Vereinigten Stabschefs gefordert hat, eine solche Absicht erklärt er einfach für widersinnig. Nur mit einer Politik, die dem wirklichen Wesen und der wirklichen — nicht der vorgeblichen — Gefahr des Kommunismus gerecht wird, kann nach seiner Überzeugung die tödliche Gefahr eines Atomkriegs gebannt werden. «Solange wir nicht unsere Voraussetzung von einer militärischen Angriffsdrohung der Sowjetunion in Wiedererwägung ziehen, können wir uns weder über Rüstungsvereinbarungen und eine Verminderung der Spannungen klar werden noch sinnvoll das Problem der unterentwickelten Gebiete anpacken, in denen die Hauptgefahr kommunistischer Einbrüche liegt. Was zu allererst nötig ist, das ist eine neue Einstellung zu den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.»

Wir haben im ersten Teil dieser Weltrundschau gesagt, warum trotz dem weit überschätzten Moskauer Abkommen über die Kernwaffenversuche die amerikanische Politik noch weit von einer wirklichen Neuausrichtung ihrer Außenpolitik entfernt ist. Sollen wir darum die Hoffnung auf die rettende Wendung einfach aufgeben? Nichts wäre verfehlter. Der Schreibende ist vollauf überzeugt, daß sie kommen wird, weil die nach Roosevelts Tod verschärft wiederaufgenommene Politik des militärischen Antikommunismus in allen Ländern, die sich ihr verschrieben haben — und die Schweiz gehört auch

dazu — auf offenkundiger Unwahrheit und abstoßender Selbstgerechtigkeit beruht und in sich selber zusammenbrechen muß. Wie und wann das geschehen soll, das liegt freilich im Dunkel. Was Amerika betrifft, so setze ich, wie schon wiederholt betont, große Hoffnungen auf die *revolutionäre Negerbewegung*, die immer mächtigere Ausmaße annimmt. Die Riesenkundgebung vom 28. August in Washington hat gewiß vielen, die bisher nicht sehen wollten, die Augen für die Dinge geöffnet, die da kommen werden. Mit bloßer «Gleichberechtigung» von Schwarzen und Weißen ist es längst nicht mehr getan, so groß auch der Schritt vom bisherigen Zustand zu dem von Präsident Kennedy gewünschten sein mag. Nichts Geringeres als eine Umwälzung des ganzen Überbaus der amerikanischen Gesellschaft, deren Untergrund das ausgestoßene und ausgebeutete Negervolk ist, ist im Anzug. Und diese Revolution wird, im Verein mit anderen, von außen her wirkenden Kräften, auch vor der Umgestaltung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten nicht haltmachen. Möge sie nur auch *rechtzeitig* kommen!

6. September *Hugo Kramer*